

Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Schriftliche Beantwortung der Interpellation der SVP-Fraktion; Mes-
sezentrum Basel 2012: Werden Baselbieter Stimmbürger zum Narren
gehalten? ([2009/098](#))**

Datum: 9. Juni 2009

Nummer: 2009-098

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



2009/098

Kanton Basel-Landschaft

Regierungsrat

Vorlage an den Landrat

Schriftliche Beantwortung der Interpellation der SVP-Fraktion; Messezentrum Basel 2012: Werden Baselbieter Stimmbürger zum Narren gehalten? (2009/098)

vom 9. Juni 2009

An der Landratssitzung vom 26. März 2009 reichte die SVP-Fraktion eine Interpellation mit dem Titel: "Messezentrum Basel 2012: Werden Baselbieter Stimmbürger zum Narren gehalten?" ein. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Am 29. September 2008 hat der Souverän den Baselbieter Beiträgen an das Projekt "Messezentrum Basel 2012" nach einem intensiven und hart geführten Abstimmungskampf zugestimmt. Umstritten war in diesem von der SVP Baselland mittels Referendum erzwungenen Volksentscheid vor allem, dass dem privatwirtschaftlichen und börsenkotierten Unternehmen Messe (Schweiz) AG neben einem zinslosen 30-Millionen-Darlehen zusätzlich 20 Millionen Franken Steuergelder à fonds-perdu, d.h. ohne Verzinsung, ohne Rückzahlungsvereinbarung, ohne greifbare Gegenleistung überlassen werden sollten.

Die Messe (Schweiz) AG und die Baselbieter Regierung begründeten diesen krassen ordnungspolitischen Sündenfall stets damit, dass

- a) eine zeitliche Dringlichkeit bestehe. "Ohne Neubau wäre ab 2012 namentlich die Durchführung der BASELWORLD in der heutigen Form in Basel nicht mehr möglich."¹*
- b) das Projekt, insbesondere wegen der Basel World, nur im vorgegebenen Umfang und in der vorliegenden Projektierung realisiert werden könne. "Eine Redimensionierung oder gar Aufgabe dieser Messe in Basel würde zu einem markanten Bedeutungsverlust des Standorts Basel im Messegeschäft führen und hätte spürbare wirtschaftliche Folgen für die ganze Region."²*
- c) jede noch so kleine Korrektur am Projekt oder an seinem "fein austarierten Finanzierungsschlüssel"³ entweder die Messe (Schweiz) AG, mindestens aber das Projekt Messezentrum 2012 unweigerlich zu Fall bringen würde. Ausgegangen wurde von einem Projektvolumen von 350 Millionen Franken.*

¹ Abstimmungsbüchlein Seite 6

² Abstimmungsbüchlein Seite 6

³ Abstimmungsbüchlein Seite 7

Während das Unternehmen Messe Schweiz gegenüber der Börse weiterhin flotte Gewinne ausweist, ist beim Projekt "Messezentrum 2012" mittlerweile kein Stein mehr auf dem anderen geblieben. Keinen Monat nach der Volksabstimmung musste der Verwaltungsrat der Messe Schweiz öffentlich eine massive Fehlkalkulation der veranschlagten Kosten eingestehen. Der gegenüber den Stimmbürgern veranschlagte Kostenrahmen wurde nach einer ersten Submissionsrunde um sage und schreibe mindestens 150 Millionen gesprengt. Seither werden von der Messeleitung "Projektoptimierungen", sprich massive Redimensionierung des dem Stimmbürger vorgesetzten Projektes, durchgezogen. Auch die zeitliche Dringlichkeit scheint sich nach der Volksabstimmung in Luft aufgelöst zu haben. Mittlerweile wurde die Realisierung bereits um ein ganzes Jahr auf 2013 verschoben. Anscheinend problemlos. Genauso problemlos wurde der "fein austarierte Finanzierungsschlüssel" nach überstandener Volksabstimmung zerlegt. Während andere Projektpartner ihre (berechtigten) Zinsforderungen durchsetzten, geht das Baselbiet weiterhin leer aus. Selbst die geplante Kapitalerhöhung der Messe Schweiz, gemäss Abstimmungsvorgaben wesentlicher Bestandteil des "fein austarierten Finanzierungsschlüssels" ist vom Verwaltungsrat bis auf weiteres ausgesetzt worden. Der durch die festgestellten Mehrkosten bereits gesteigerte Kreditbedarf steigt dadurch zusätzlich - und damit auch die Finanzierungskosten in erheblichem Masse.

Fazit: Das Geld ist gesprochen, der Mohr hat seine Schuldigkeit getan. Jetzt kann die Messe Schweiz AG mit den zugesicherten öffentlichen Mitteln irgendetwas ganz anderes, irgendwann, mit einer ganz anderen Finanzierung, vielleicht, irgendwann neu bauen. Kurz: Der Stimmbürger wird zum Narren gehalten.

Wir bitten den Regierungsrat deshalb um Beantwortung der folgenden Fragen.

- 1. Wie kommentiert der Regierungsrat die vorstehenden Feststellungen?*
- 2. Kann der Regierungsrat verstehen, dass sich Stimmbürger angesichts dieser Fakten verschaukelt vorkommen?*
- 3. Seit wann genau weiss der Regierungsrat, "dass im laufenden Planungsprozess und Verfahren für die Totalunternehmer-Submission die Zielwerte in Bezug auf die funktionalen Anforderungen und die Gesamtprojektkosten noch nicht erreicht sind." (Zitat Medienmitteilung der Messe Schweiz AG vom 31. Oktober 2008)?*
- 4. Ergeben sich für den Kanton Baselland finanzielle Konsequenzen aus der Situation, z.B. durch die Aussetzung von Darlehensrückzahlungen?*
- 5. Wie kann es zu derart eklatanten Fehleinschätzungen im Rahmen von Planung und Projektierung kommen?*
- 6. Wie rechtfertigt der Regierungsrat, dass dem Landrat wie auch dem Volk ganz offensichtlich ungenügende bis falsche Entscheidungsgrundlagen vorgelegt wurden?*
- 7. Welche Massnahmen hat die Baselbieter Vertretung im Verwaltungsrat der Messe Schweiz AG angesichts dieser Fehlentwicklung ergriffen?*
- 8. Wäre unter diesen Umständen nicht eine Sistierung der Baselbieter Beiträge angezeigt, bis endlich klar ist, welches Messezentrum 20xx wann wo zu welchen Kosten gebaut wird?*
- 9. Wäre nicht eine erneute Abstimmung über das definitive Projekt notwendig?*

10. Welche Massnahmen sieht der Regierungsrat vor, dass der Stimmbürger künftig nicht über irgendwelche nicht realisierbaren Planstudien, sondern über effektiv realisierbare, und mit zutreffenden Entscheidungsgrundlagen dokumentierte Vorhaben abstimmen kann?

Der Regierungsrat beantwortet die Fragen wie folgt:

Frage 1: *Wie kommentiert der Regierungsrat die vorstehenden Feststellungen?*

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die von den Interpellanten gemachten Feststellungen unzutreffend sind. Der Vorwurf, das Volk sei für dumm verkauft worden, wird in aller Form zurückgewiesen. Ebenso der Vorwurf, beim Projekt "Messezentrum Basel 2012" sei kein Stein auf dem anderen geblieben.

An der Richtigkeit der Fakten, welche im Vorfeld der Abstimmung vom 29.09.2008 für eine Zustimmung zur Abstimmungsvorlage ins Feld geführt worden sind, hat sich nichts geändert. Die Bedeutung des Projekts für den Messe- und Wirtschaftsstandort Basel ist unverändert gross. Die Messe Schweiz will das Projekt nach wie vor in der vorgesehenen Form und zu den vorgegebenen Kosten realisieren. Der Finanzierungsschlüssel hat nach wie vor seine Gültigkeit.

Die Mittel, die der Kanton Basel-Landschaft beisteuert, sind auf die vom Souverän beschlossenen Beträge beschränkt. Mehrkosten wurden während der parlamentarischen Beratung nicht explizit ausgeschlossen und sind von der Messe Schweiz zu tragen. Eine Erhöhung der staatlichen Beiträge steht nicht zur Debatte.

Richtig ist, dass die eingegangenen Offerten im Rahmen der Totalunternehmersubmission gezeigt haben, dass eine Projektoptimierung notwendig ist.

Der Verwaltungsrat der Messe Schweiz hat die Projektleitung Messezentrum Basel 2012 mit der Durchführung eines Optimierungsprogramms beauftragt, das im ersten Semester 2009 abgeschlossen sein soll. Die Umsetzung dieses Programms soll es ermöglichen, die Kostenvorgaben einzuhalten. Als wichtigste Massnahmen beinhaltet das Programm eine Redimensionierung des Bauvolumens durch Herabsetzen der Hallenhöhe in den beiden Obergeschossen auf acht Meter und durch Verkleinerung der Baugrundfläche, die Optimierung der Tragstruktur durch einen Stützenraster und weitere Optimierungen in den Bereichen Fassadenkonstruktion, Haustechnik und Materialisierung sowie die Verschiebung des Fertigstellungstermins von Januar 2012 auf April 2013. Diese Verschiebung des Endtermins ermöglicht es den Projektverantwortlichen, die Projektänderungen sorgfältig auszuarbeiten und umzusetzen. Die Projektoptimierungen sollen nichts daran ändern, dass das Messezentrum in der vorgesehenen Form realisiert und finanziert werden soll.

Die zeitliche Verschiebung geschieht mit Zustimmung der wichtigsten Kundenkreise der BASELWORLD, welche die Einhaltung der Kostenvorgaben ebenfalls stärker gewichten als ein Festhalten am ursprünglichen Terminplan.

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 8. Mai 2008 hat der Verwaltungsrat der Messe Schweiz zwei Jahre Zeit, die für das Projekt "Messezentrum Basel 2012" beschlossene Eigenkapitalerhöhung vorzunehmen. Wegen der weltweiten Finanzkrise erscheint es aber als sinnvoll, mit der Durchführung der Kapitalerhöhung abzuwarten, um von besseren Konditionen profitieren zu

können. Diese Aussage gilt auch, wenn berücksichtigt wird, dass die Messe Schweiz im Jahr 2008 das zweitbeste Resultat in ihrer Geschichte erzielt hat und den Eigenkapitalanteil auf 270.4 Mio. Franken bzw. 39.8 % der Bilanzsumme erhöhen konnte.

Frage 2: *Kann der Regierungsrat verstehen, dass sich Stimmbürger angesichts dieser Fakten verschaukelt vorkommen?*

Gestützt auf die Ausführungen zu Frage 1 gibt es aus der Sicht des Regierungsrates keinen Grund dafür, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger verschaukelt vorkommen, weil der an der Urne zum Ausdruck gebrachte Volkswille respektiert und vollzogen wird.

Frage 3: *Seit wann genau weiss der Regierungsrat, "dass im laufenden Planungsprozess und Verfahren für die Totalunternehmer-Submission die Zielwerte in Bezug auf die funktionalen Anforderungen und die Gesamtprojektkosten noch nicht erreicht sind." (Zitat Medienmitteilung der Messe Schweiz AG vom 31. Oktober 2008)?*

Die Kostensteigerungen wurden erstmals nach Auswertung der Offerten im Rahmen der Totalunternehmer-Submission bekannt. Abgabetermin für die Offerten war der 26.09.2008. Am 29.09.2008 - unmittelbar nach der Abstimmung im Kanton Basel-Landschaft - wurde mit dem Prüfungs- und Bereinigungsverfahren der Offerten begonnen (Vollständigkeit und Genauigkeit der Offerten, Vergleichbarkeit etc.); dazu gehörte auch eine mündliche Präsentation der Offertsteller am 13. und 14.10.2008. Aufgrund der Ergebnisse des Prüfungs- und Bereinigungsverfahrens wurde der Verwaltungsrat der Messe Schweiz an seiner ordentlichen Sitzung am 31.10.2008 darüber informiert, dass die eingegangenen Offerten deutlich über der Kostenschätzung bzw. dem entsprechenden Kostendach lagen. Durch seine Vertretung im Verwaltungsrat hat damit auch der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft davon Kenntnis erhalten.

Frage 4: *Ergeben sich für den Kanton Baselland finanzielle Konsequenzen aus der Situation, z.B. durch die Aussetzung von Darlehensrückzahlungen?*

Mehrkosten sind von der Messe Schweiz zu tragen. Eine Erhöhung der staatlichen Beiträge steht nicht zur Debatte, so dass für den Kanton Basel-Landschaft nicht mit finanziellen Konsequenzen zu rechnen ist.

Frage 5: *Wie kann es zu derart eklatanten Fehleinschätzungen im Rahmen von Planung und Projektierung kommen?*

Die Festlegung des Kostendaches von CHF 350 Mio. plus/minus 15% musste parallel zur Erarbeitung der Projektstudie in den Jahren 2005/2006 erfolgen, weil im Rahmen der Projektstudie unter anderem auch die finanzielle Machbarkeit (das heisst die Unterstützung durch die öffentliche Hand) aufgezeigt werden musste. Die damalige Kostenschätzung stützte sich noch nicht auf ein projektiertes und geplantes Vor- bzw. Bauprojekt.

Auf der einen Seite kam es in der Folge aus verschiedenen Gründen zu Kostensteigerungen - Preisentwicklung im Bereich Stahl und Haustechnik, höhere Anforderungen bei einzelnen Teilprojekten und steigende Auflagen in den Bereichen Sicherheit, Energie etc.. Dadurch ist im Verlaufe

der Projektentwicklung ersichtlich geworden, dass sich die Kosten gegen das obere Ende der 15%-Bandbreite bewegen, was in den politischen Debatten in Basel-Stadt und Basel-Landschaft kommuniziert worden ist.

Auf der anderen Seite ergaben die Offerten im Rahmen der Totalunternehmer-Submission eine weitere Differenz gegenüber den Kostenschätzungen des von der Bauherrschaft beauftragten Generalplaners, die so nicht vorhersehbar gewesen war. Das ist zugegebenermassen ärgerlich, bei derart komplexen Grossprojekten aber auch nicht aussergewöhnlich. Entscheidend ist, dass unverzüglich die notwendigen Schritte eingeleitet worden sind, das Kostenproblem zu lösen.

Frage 6: *Wie rechtfertigt der Regierungsrat, dass dem Landrat wie auch dem Volk ganz offensichtlich ungenügende bis falsche Entscheidungsgrundlagen vorgelegt wurden?*

Massgebend für den Regierungsrat waren (hinsichtlich Parlaments- und Volksentscheid) und sind (hinsichtlich Projektoptimierung) die in den Parlamentsvorlagen und Abstimmungserläuterungen in Basel-Stadt und Basel-Landschaft zusammengefassten Fakten, die (mit Ausnahme des Fertigstellungstermins) nach wie vor Gültigkeit haben.

Betreffend der Kosten stützten sich diese Fakten auf die Kostenschätzung vom Mai 2006, die eine Genauigkeit von plus/minus 15% aufwies. Im Rahmen der Parlamentsdebatten und Volksabstimmungen wurde auf wahrscheinliche Mehrkosten aufmerksam gemacht, die in jedem Fall vom Messeunternehmen zu tragen sind. Diese konnten jedoch vor der Totalunternehmer-Submission nicht genauer beziffert werden.

Zum Zeitpunkt der Landratsdebatte und der Volksabstimmung hatte der Regierungsrat keine Kenntnis von Mehrkosten, die eine Optimierung des Projekts notwendig gemacht hätten. Er hat zu jedem Zeitpunkt absolut offen und transparent informiert.

Frage 7: *Welche Massnahmen hat die Baselbieter Vertretung im Verwaltungsrat der Messe Schweiz AG angesichts dieser Fehlentwicklung ergriffen?*

Der Delegierte der Baselbieter Regierung hat den Entscheid des Verwaltungsrats vom 31.10.2008, die notwendige Projektoptimierung auszulösen, aktiv mitgetragen. Er hat insbesondere auch die dabei formulierte Prämisse unterstützt, dass das Projekt auch in der optimierten Form die mit den Volksabstimmungen verbundenen Erwartungen der Öffentlichkeit erfüllen müssen.

Frage 8: *Wäre unter diesen Umständen nicht eine Sistierung der Baselbieter Beiträge angezeigt, bis endlich klar ist, welches Messezentrum 20xx wann wo zu welchen Kosten gebaut wird?*

Die Darlehensverträge und Vereinbarungen über die Zahlungsmodalitäten (Termine, Tranchen etc.) sind noch nicht abgeschlossen. Bis jetzt ist auch noch kein Geld "geflossen". Grundsätzlich werden die Beiträge der beteiligten Gemeinwesen erst zum Zeitpunkt der Baurealisierung ausgelöst.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass eine Sistierung der Baselbieter Beiträge nicht angezeigt ist.

Frage 9: *Wäre nicht eine erneute Abstimmung über das definitive Projekt notwendig?*

Vorausgesetzt, die für die Volksabstimmungen 2008 massgebenden Parameter in Bezug auf das Bauprojekt (Bebauungsplan) und die Finanzierung (Kosten, Finanzierungsschlüssel) bleiben unverändert, ist eine neue Abstimmung nicht angezeigt.

Frage 10: *Welche Massnahmen sieht der Regierungsrat vor, dass der Stimmbürger künftig nicht über irgendwelche nicht realisierbaren Planstudien, sondern über effektiv realisierbare, und mit zutreffenden Entscheidungsgrundlagen dokumentierte Vorhaben abstimmen kann?*

Dies würde bedeuten, dass letztlich nur noch ausführungsfähige Projekte zur Abstimmung gebracht werden könnten, was von den Entscheidungsabläufen her keinen Sinn macht.

Im Falle des "Messezentrums Basel 2012" benötigte die Bauherrschaft Rechtssicherheit in Bezug auf die baurechtlichen Grundlagen (Bebauungsplan) und die Finanzierung, bevor sie das Baubewilligungsverfahren sowie die Totalunternehmer-Submission überhaupt auslösen konnte.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass das dem politischen Entscheidungsprozess zu Grunde liegende Vorprojekt für eine qualifizierte Meinungsbildung einen ausreichenden Planungsstand aufwies und dass das zu realisierende Bauprojekt dem geäusserten Volkswillen entsprechen wird.

Liestal, 9. Juni 2009

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident: Ballmer

Der Landschreiber: Mundschin